

Russland Garri Kasparow will mit seiner Bürgerrechtsbewegung das Putin-Regime stürzen

# Kämpfer für das andere Russland

Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow glaubt an die demokratische Erneuerung Russlands. Dafür kämpft er mit seiner Bürgerbewegung.

Interview Christian Weisflog

**Herr Kasparow, warum sind Sie letztes Wochenende mit dem Zug und nicht mit dem Flugzeug von Moskau nach St. Petersburg zur Demonstration gefahren?**

Wir müssen jede Aktion nützen, um einen maximalen Effekt zu erzielen. Eines der Schlüsselprobleme in Russland ist der grosse Graben zwischen der Politik und der Gesellschaft. Und wir müssen unsere Aktivisten mobilisieren. Wir bezahlen sie nicht. Das sind Leute, die sich aus Überzeugung engagieren. Darum ist es wichtig, dass wir mit ihnen sind, gemeinsam in einem Zug. Das motiviert sie zusätzlich.

**Aber reichen solche Aktionen aus, um die Massen zu mobilisieren? Ihre Bewegung erhält ja praktisch keinen Zugang zu den Medien.**

Die Lage ist in Wirklichkeit nicht so schlecht. Der Staat hat die Schrauben bereits voll angezogen, aber die Gewinne fangen an nachzugeben. Viele Journalisten fühlen sich äusserst unwohl in ihrer Haut. Es staut sich ein negatives Potenzial an, das zu unserem Nutzen sein wird – weil die Leute die Wahrheit hören wollen. Ich glaube, dass sich die Mediensituation bereits in naher Zukunft ändern wird.

**Ihre Bewegung heisst «Drugaja Rossija» (Das andere Russland). Welches Russland meinen Sie damit?**

Ein anderes Russland, ein normaler Staat, ist nur durch einen nationalen Konsens über die wichtigsten politischen Probleme zu realisieren. Solch ein Einvernehmen zwischen den unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen Russlands zu erreichen, ist unser wichtigstes Ziel. Aber bevor man sich einigt, muss man erst lernen, miteinander zu sprechen. «Drugaja Rossija» ist eine Plattform, wo verschiedene politische Kräfte lernen, sich zu verständigen.

**Ihr erklärtes Ziel ist es, das Regime Putin zu stürzen...**

Ja, das undemokratische und korrupte Regime Präsident Putins muss demontiert werden. Wir werden eine weit reichende Reform vorschlagen, welche die Macht des Präsidenten einschränkt, die Rolle des Parlaments stärkt und den Regionen mehr Kompetenzen gibt.

**Ist dies auf demokratische Weise möglich oder denken Sie auch an Revolution?**

Iran Lehrkräfte demonstrieren in mehreren Städten – verhaftete Frauen wieder frei

## Pädagogen «am Rande der Armutsgrenze»

An einer Protestkundgebung vor dem Parlamentsgebäude in der iranischen Hauptstadt Teheran haben Tausende Lehrer höhere Löhne gefordert.

Michael Wrase, Limassol

Über 8000 Lehrer haben gestern vor dem iranischen Parlament für höhere Löhne sowie die Wiedereinstellung von entlassenen Kollegen demonstriert. Die Protestveranstaltung war von der Polizei nicht genehmigt worden. Nach einem Bericht der iranischen Nachrichtagentur Irna trugen die Demonstran-



Ex-Schachweltmeister und Kreml-Kritiker: Kasparow ist Mitbegründer des Oppositionsbündnisses «Das andere Russland». (ap)

Auch eine orange Revolution ist ein demokratischer Weg. Das Volk kann seinen Willen auf verschiedene Weise äussern. Wenn der Staat ihm die Möglichkeit nimmt, dies durch Stimmabgabe zu tun, gibt es nichts anderes, als auf die Strasse zu gehen, um zu protestieren. Der Moment ist in Russland noch nicht gekommen, in dem die Leute die Fälschung von Wahlen als Diebstahl ihrer

Stimme sehen. Aber dieser Bruch im Bewusstsein der Leute wird 2007 stattfinden. Unser Kandidat wird auf harte Gegenwehr des Regimes stossen. Und es wird entscheidend sein, wie entschlossen die Menschen auf die Strasse gehen werden, um ihre Stimme zu verteidigen.

**Laut neusten Umfragen fühlt sich die überwiegende Mehrheit der Russen nicht dafür verantwortlich, was im Land passiert. Kann man auf diesem Fundament eine Demokratie aufbauen?**

Natürlich kann man sich damit einverstanden erklären, dass jedes Volk die Regierung erhält, die es verdient. Trotzdem: Putins Regime konnte sich nur dank überaus hoher Ölpreise in ein solches Monster verwandeln. Und auch aufgrund der aussenpolitischen Situation, die sich nach dem 11. September 2001 ergab. Putin konnte sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den westlichen Staaten zu Nutze machen und einer harten Kritik entgehen. Diese Situation verändert sich nun. Die Politiker, mit denen Putin zu tun hatte, treten ab. Und es wandelt sich auch die wirtschaftliche Situation. Der Ölpreis ist bereits nicht mehr ganz so hoch. Auch

wenn sich die Russen nicht für Politik interessieren, so schauen sie doch auf ihre eigene Brieftasche.

**Wie kann man eine Demokratie aufbauen, wenn die Menschen nicht für Freiheit und Demokratie auf die Strasse gehen?**

In Russland hat in den letzten Jahren ein sehr wichtiger Prozess stattgefunden. Dass bei «Drugaja Rossija» auch National-Bolschewisten und viele linke Organisationen vertreten sind, spricht dafür, dass die Werte der Demokratie heute allgemein anerkannt sind. Das ist Putins einzige Errungenschaft. Er konnte alle überzeugen, dass ein unkontrollierter Staat schlecht ist. In Russland kann es keine Regierung geben, die nur auf einem Konzept basiert. Normale Wahlen ergeben heute eine Koalitionsregierung, wobei sehr unterschiedliche Kombinationen möglich sind.

**Allerdings haben sich wichtige demokratische Parteien Ihrer Front gegen Putins Regime noch nicht angeschlossen. Warum ist es in Russland so schwierig, die Demokraten zu einigen?**

Ich schlage vor, die Worte «demokratisch», «patriotisch», «liberal» oder «links» aus unserem Wortschatz zu entfernen. Heute gibt es in Russland Pro-Kreml-Parteien und Anti-Kreml-Parteien. Das Verhalten von Gennadij Sjuganow (Führer der Kommunisten) und Nikita Belych (Führer der Union der rechten Kräfte SPS) ist dasselbe: Beide arbeiten für den Kreml, nur mit unterschiedlichem Publikum. Ihre Aufgabe ist es, den

Zusammenschluss von Rechten und Linken zu verhindern. Aber auf der unteren Ebene geschieht dies bereits, dort arbeiten wir mit regionalen Parteisektionen zusammen. Der Wandel in diesen Parteien wird daher über die regionale Ebene erfolgen, weil der Basis klar wird, dass hinter der oppositionellen Rhetorik ihrer Parteiführung nicht der Wunsch nach einem Regimewechsel steht. Aber die Leute wollen einen Wandel.

**Werden Sie selbst für das Amt des Präsidenten kandidieren?**

Ich kann mir das vorstellen. Dies wird sich in den nächsten zwei bis drei Monaten entscheiden. Im Moment sehe ich mich aber als Moderator von «Drugaja Rossija».

«Ich kann mir vorstellen, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren»

**Ihre Tätigkeit ist in Russland nicht ungefährlich. Wie wirkt sich dies auf ihr Privatleben aus?**

Eine schwierige Frage. Meine Frau und meine Tochter leben in New York, wo meine Tochter vor vierein-

halb Monaten geboren wurde – obwohl meine Frau aus St. Petersburg ist und wir dort auch eine Wohnung haben. Aber wir müssen bestimmte Sicherheitsvorkehrungen treffen. Ich aber werde das Land nicht verlassen und verbringe die meiste Zeit hier.

**Woher nehmen Sie die Kraft, mit der Angst zu leben?**

Aus der Überzeugung, das Richtige zu tun. Ich erinnere mich an die Losung der sowjetischen Dissidenten: Tu, was du tun musst, und es wird, was werden muss.

China

## Eigentumsrecht wird reformiert

Die kommunistische Regierung Chinas hat eine grundlegende Reform des Eigentumsrechts vorgelegt: Privatvermögen soll geschützt werden.

Das gestern vorgestellte Gesetz stellt erstmals in der Geschichte der kommunistischen Volksrepublik Privateigentum und Staatsbesitz unter denselben Schutz: «Der Besitz des Staates, des Kollektivs, von Einzelpersonen und anderer Berechtigter wird durch das Gesetz geschützt. Dieser Grundsatz darf nicht verletzt werden», heisst es in dem Entwurf. Die Entscheidung soll den Weg für mehr Privatinvestitionen auch aus dem Ausland frei machen, die als Voraussetzung gelten, um das derzeit boomende Wachstum aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gilt das Gesetz als Versuch der Regierung, eine bessere Balance zwischen privatem Engagement und staatlicher Kontrolle zu finden und die entsprechenden Regelungen der Realität anzugleichen.

**Mehr Schutz für die Bauern**

Auch Bauern sollen besser geschützt werden. In ländlichen Gebieten war es wiederholt wegen der Umwandlung grosser Flächen in Industrie- und Baugebiete zu Unruhen gekommen. Allerdings lässt auch das neue Gesetz keine Privatisierung von Grund und Boden zu, der sich bislang in Kollektivbesitz befindet. Die Regierung brachte ihren Entwurf im Nationalen Volkskongress ein, der voraussichtlich in der kommenden Woche darüber entscheidet. Das Gesetz wurde ungewöhnlich lange diskutiert. Im vergangenen Jahr war es kurzfristig wieder von der Tagesordnung des Parlaments genommen worden, weil Kritiker der Regierung warnten, damit die soziale Ungleichheit im Land zu verstärken und die sozialistischen Prinzipien mit Füßen zu treten.

In China soll nach dem Willen der Regierung künftig auch eine einheitliche Körperschaftssteuer von 25 Prozent gelten. Die Regelung würde dazu führen, dass einheimische und ausländische Unternehmen den gleichen Steuersatz zahlen. Bislang ist die Körperschaftssteuer für Investoren aus dem Ausland niedriger als für chinesische Konzerne. Dem Gesetzentwurf zufolge soll nun aber eine Basis für fairen Wettbewerb geschaffen werden. (reu)

Nahost

## Libanon-Krieg laut Olmert vorhergeplant

Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert hat laut einem Zeitungsbericht erklärt, dass die Entscheidung zum Libanon-Krieg nicht kurzfristig zustande kam. Vielmehr sei er auf einen Monate zuvor ausgearbeiteten Plan zurückgegangen. Der Regierungschef habe eine entsprechende Aussage am 1. März vor dem Untersuchungsausschuss zum Libanon-Krieg gemacht, schrieb die Zeitung «Haaretz» in ihrer Donnerstagsausgabe. Demnach stimmte Olmert im März 2006 einem Plan zum Angriff gegen den Libanon zu, falls die schiitische Hisbollah-Miliz israelische Soldaten an der Grenze verschleppen sollte. Der später umgesetzte Plan sah Luftangriffe sowie eine begrenzte Bodenoffensive vor.

**Kein überstürzter Entscheid**

Der Zeitung zufolge wollte Olmert mit seiner Aussage den Eindruck zerstreuen, der Libanon-Feldzug sei am 12. Juli 2006 überstürzt vom Zaun gebrochen worden, nachdem die Hisbollah am selben Tag zwei israelische Soldaten im Grenzgebiet in ihre Gewalt gebracht hatte. Während des Krieges wurden 162 Israelis getötet. Auf libanesischer Seite gab es mehr als 1200 Tote, zum grössten Teil Zivilisten. Das israelische Ziel, die Hisbollah zu zerschlagen und die beiden israelische Soldaten zu befreien, wurde nicht erreicht. (afp)

staltungen versammelt haben. Bereits am Sonntag waren in Teheran über 500 Frauen auf die Strasse gegangen, um für Gleichberechtigung zu demonstrieren. Nach Informationen der Veranstalter ging es bei den Protesten nicht um die islamischen Kleidervorschriften, sondern um Themen wie Scheidungs- und Sorgerecht sowie die Abschaffung der Polygamie. Die bei der Demonstration verhafteten Frauen sollen bis auf drei gestern wieder freigelassen worden sein.

**Verschwörungstheorien**

Die iranische Regierung hat auf die wachsenden Proteste bislang ausweichend reagiert. Staatspräsident Ahmadinedschad machte für die galoppierende Inflation in der Islamischen Republik

«dunkle Mächte» verantwortlich. Das Sprachrohr der iranischen Revolutionsgardisten «Sobhe Sadegh» versuchte einen Zusammenhang zwischen den Lehrprotesten und den Unruhen in Belutschistan und Kurdistan herzustellen. Es hat den Anschein, schrieb das Blatt, dass «jemand die soziale Ordnung bei uns untergraben will».

**Gerüchte um Amtsenthebung**

Ein grosser Teil der iranischen Parlamentsabgeordneten macht dagegen die Regierung von Präsident Ahmadinedschad für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Gerüchte, nach denen ein Amtsenthebungsverfahren gegen Ahmadinedschad vorbereitet wird, wollen nicht verstummen.